

# Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Monatsschrift in Breslau 5 Mark, Wochen-Aboimm. 50 Pf.  
außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. Insertionsgebühr für den  
Raum einer sechshölligen Zeitungs-Zeile 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-  
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag  
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 44. Mittag-Ausgabe.

Zweiundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Donnerstag, den 27. Januar 1881.

## Graf Hatzfeldt und der Staatssekretärposten im auswärtigen Amt.

Unser Berliner Correspondent schreibt:

Die Rückkehr des Grafen Hatzfeldt auf seinen Posten in Konstantinopel ist, wie anderweitig bekannt, durch die Erkrankung seiner hochbetagten Mutter, der Gräfin Sophie Hatzfeldt, verzögert worden. (Dieselbe ist, wie telegraphisch gemeldet worden, am 25. in Wiesbaden gestorben. D. R.) Es gilt nahezu als feststehend, daß Graf Hatzfeldt die Bischöflicher Läufbahn nicht verlassen und also nicht an die Spitze des auswärtigen Amtes berufen wird. Es wird wiederholt von glaubwürdiger Seite versichert, daß der Grund dafür lediglich in dem Umstande zu suchen ist, daß der Graf, wie sich namentlich aus den Verhandlungen der letzten Wochen, welche von hier aus unter seiner Mitwirkung geführt wurden, ergeben hat, zunächst in Konstantinopel unabschöpflich ist. So lange Fürst Bismarck hier verweilt und man nimmt an, daß dies wie in früheren Jahren etwa bis zum Juni der Fall sein wird, führt derselbe persönlich die Leitung des Reichs- und Auswärtigen. Nach diesem Zeitpunkt ist dann aber wohl spätestens die Ernennung eines neuen Staatssekretärs zu erwarten. Man wollte sogar wissen, daß nicht einmal so lange das jeweilige Provisorium fortgeführt werden möchte. Der Geh. Legationsrat Busch, welcher für den neu zu schaffenden Posten eines Unterstaatssekretärs designiert ist, sowie der Graf Limburg-Styrum stehen dem Fürsten Bismarck jetzt bei der Führung der Geschäfte zur Seite und es trifft insofern zu, wenn gemeldet wird, daß der Geh. Rath Busch schon jetzt die Geschäfte eines Unterstaatssekretärs versteht.

## Deutschland.

### O. C. Landtags-Verhandlungen.

46. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 26. Januar.

11 Uhr. Am Ministerische v. Puttkamer und Commissarien. Die Tribünen sind überfüllt.

Der Abg. Fibry ist vom Landgericht in Limburg a. d. Lahn an das Landgericht zu Koblenz verfehlt worden; die Frage, ob sein Mandat dadurch erloschen sei, wird von der Geschäftsordnungs-Commission geprüft werden.

Zur ersten und zweiten Berathung steht der vom Abg. Windthorst eingereichte Gesetzeswurf, betreffend die Straffreiheit des Sacramentspendens und des Messesessens. Der einzige Paragraph des selben lautet:

Den Strafbestimmungen der Gesetze vom 11. Mai 1873 über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen, vom 12. Mai 1873 über die kirchliche Disciplinargewalt und die Errichtung des Königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten, vom 20. Mai 1874 über die Verwaltung erledigter katholischer Bisphümer, vom 21. Mai 1874 wegen Declaration und Ergänzung des Gesetzes vom 11. Mai 1873 über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen und vom 22. April 1875, betreffend die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bisphümer und Geistlichen, unterliegt das Spendern der Sacramente und das Leien der Messe nicht.

Beigegeben ist dem Antrage ein Tableau der Verluste, welche die Seelsorge in den katholischen Diözesen Preußens seit 1873 erlitten hat, wobei auf die Hilfe, welche die vertriebenen Ordensgeistlichen früher leisteten, keine Rücksicht genommen ist. Für eine katholische Bevölkerung von 8,711,535 Seelen waren im Jahre 1873 thätig 8439 Seelsorger, darunter 4627 Pfarrer und 3812 Hilfsgeistliche. Davon fehlen jetzt 1770, nämlich 1125 Pfarrer und 645 Hilfsgeistliche, so daß 646,697 Seelen in 601 Parochien ganz und 1,501,994 Seelen in 584 Parochien halb verweilt sind. In dem Bisphüm Köln fehlen 281, in Münster 221, in Paderborn 188, in Trier 215, in Hildesheim und Osnabrück 76, in Fulda 18, in Limburg 37, in Ermland 45, in Gnesen-Posen 261, in Kulm 105, in Breslau 254, in den preußischen Anteilen der Bisphümer Prag und Olmütz 39, in Freiburg 30 Pfarrer und Hilfsgeistliche.

Beigesetzt ist die Bemerkung, daß wenn auch nach Lage der Verhältnisse authentische Angaben nur der Staatsregierung zugänglich sind, das Tableau, ohne auf volle Genauigkeit Anspruch zu machen, doch im Allgemeinen ein annäherndes Bild der Verluste giebt. (Vergl. darüber die Bemerkungen des Abgeordneten Windthorst und das von dem Cultusminister aufgestellte Gegenbild.)

Von dem Abg. von Rauchhaupt, unterstützt von sämmlichen Mitgliedern der conservativen Partei, darunter von Bismarck, von Meyer, Siöder, ist folgende motivierte Tagesordnung eingebbracht: Das Haus wolle beschließen, in Erwähnung, daß die baldige Beendigung des kirchenpolitischen Streites ein dringendes Bedürfnis für den Frieden und die gesunde Entwicklung des Staates wie der Kirche ist, daß insbesondere die Befreiung des Notstands, in welchem viele katholische Gemeinden durch den Mangel einer geordneten Seelsorge sich befinden, alles Ernstes anzusstreben ist;

in Erwähnung jedoch, daß der Antrag des Abgeordneten Windthorst im Falle seiner Annahme die Gefahr nicht ausschließt, daß damit eine Quelle weiterer Verwicklungen zwischen Staat und Kirche geschaffen und der erwünschte Frieden zwischen beiden mehr gefährdet als gefördert würde;

in endlicher Erwähnung, daß die weitere Verfolgung des von der Staatsregierung in dem Gesetzeswurf vom 14. Mai 1880 betreuten Weges zur Zeit am meisten geeignet erscheint, ein friedliches Verhältniß zwischen Staat und Kirche wieder aufzubauen,

über den Antrag des Abgeordneten Windthorst zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Windthorst: Meine Herren! Ich erscheine heute vor Ihnen nicht in irgend welcher Absicht des Streites, ich komme in eminent Friedlichem Sinne, um Namens der ganzen katholischen Bevölkerung dieser Monarchie an Sie die Bitte zu richten, für Ihre katholischen Mitbürger in den Parochien, welche ganz oder teilweise verwaist sind, eine Maßregel zu genehmigen, welche geeignet ist, dem augenblicklich dringendsten Notstande abzuhelfen. Ich verlange in dem gegenwärtigen Augenblicke keine Aufhebung der Maigefüge, keine Veränderung derselben. Das Bestreben, dieses Ziel zu erreichen, muß neben meinem Antrage seinen Fortgang nehmen. Die gegenwärtige von mir beantragte Maßregel ist eine lediglich durch die Röth gebotene, provisorische, temporäre: das ganze System der Maigefüge bleibt dadurch vollständig unberührt. Meine Herren! Der Antrag verlangt für die Spende der Sacramente und für die Darbringung des heiligen Messopfers Straffreiheit, er will, daß die Geistlichen, welche nach der Ordnung und Weisung ihrer Kirche die Sacramente spenden und das heilige Messopfer darbringen, nicht ferner von Polizei und Staatsanwälten behelligt werden. Er verlangt nichts mehr, als die einfachen, klaren, für jedermann verständlichen Worte sagen; er verlangt nicht mehr, allerding aber auch nicht weniger. Die Gelehrte, welche in meinem Antrage angezogen sind, haben, um andere Zwecke zu erreichen, es für ausläßig erachtet, die beiligen Handlungen, von denen ich hier rede, unter Strafe zu stellen. Man hat dadurch einen Zwang ausüben wollen, um diejenigen Bestimmungen durchzuführen, welche man anderweitig treffen zu müssen geglaubt hat, um den Einfluß des Staates auf die Regelung der kirchlichen Verhältnisse sicher zu stellen oder zu begründen. Wir haben seit dem Bestand der Maigefüge vor uns eine lange Reihe von Verstrafungen an Geld, an Gefängnis, an Konfinirungen, an Landesverweisungen gegen Personen, deren ganzes Verferben darin bestand, daß sie die heiligen Sacramente gespendet und das heilige Messopfer dargebracht haben.

Wir haben noch neuerlich hier vor uns gesehen das traurige Bild, daß eine ganze Compagnie Soldaten aufgeboten wurde, um einen armen Priester

zu verhaften, der das Verbrechen begangen hatte, einem Sterbenden die Sacramente zu gewähren. Man muß Zeuge dieser Vorgänge sein, um sie zu glauben; so etwas ist im 19. Jahrhundert und in einem Staate möglich, der an der Spitze der Civilisation zu marschieren den Anspruch erhebt. Diese Strafbestimmung und nichts Anderes wünsche ich zur Zeit durch meinen Antrag in Beziehung auf die Sacramentspendung und die Abhaltung des heiligen Messopfers zu befestigen. Denn unter allen Umständen ist es unzulässig, eine an sich lobenswerthe Handlung zum Objekt einer Strafbestimmung, zum Thabekasten eines Verbredzungs zu stampfen, der ihm innerlich niemals bewohnen kann. Das Volk begreift nicht, wie es möglich ist, daß handlungen, an welchen es mit seiner ganzen Seele hängt, welche es mit seiner Ehre und Würde umgibt, mit einem Male dem Strafrichter verfallen sind, das Männer, Greise, die in höchster Achtung stehen, gerade wegen dieser heiligen Functionen bestraft werden, in den Kerker wandern, dort behandelt werden wie die schlimmsten Verbrecher, blos weil sie diese Handlungen vornehmen! Eine derartige Stempelung guter Handlungen zu Verbrechen ist unter allen Umständen an sich unzulässig und es als Mittel zu anderen Zwecken zu gebrauchen, dafür hat die parlamentarische Sprache einen zutreffenden Ausdruck nicht. Ein solches Vorgehen widerstreitet den Anforderungen der Gewissensfreiheit, der freien Religionsübung, die ihre erste und unerschöpfbare Basis in dem Naturrecht selbst haben. Die Aufgabe des ibidem Lebens ist, sich würdig vorzubereiten auf die Ewigkeit, alle anderen Verhältnisse sind äußerlicher, zeitlicher Natur. Die Staatsgewalt und keine andere Gewalt darf daher in den freien Gebrauch der Gewissensfreiheit eingreifen, und zu allen Zeiten ist es der Naturrecht selbst, daß die Gewährung der Gewissensfreiheit das erste Zeichen einer civilisierten Nation ist. (Sehr richtig.)

Was das Naturrecht unumstößlich begründet, ist in dem allgemeinen Kirchenstaatrecht Deutschlands und aller deutschen Staaten festgesetzt worden.

Das allgemeine Kirchenstaatrecht aller deutschen Staaten basirt auf dem weitsächlichen Frieden, welcher einen langen, traumlosen Kampf deutscher Nation beendet hat. Auf dieser Grundlage hat sich dasselbe weiter entwidelt in den großen völkerrechtlichen und staatsrechtlichen Abmachungen, welche in das erste Viertel dieses Jahrhunderts fallen: danach ist allen Christen in Deutschland volle Gewissensfreiheit und freie, private, öffentliche Religionsübung gewährleistet. Daneben haben wir, was ich besonders hoch anschlage, die Zusage der Fürsten dieses Landes, welche sie bei jeder Gelegenheit und insbesondere bei Besitznahme der verschiedenen Provinzen, aus denen diese Monarchie zusammengelegt ist, öffentlich publiziert haben, daß die freie Religionsübung und Gewissensfreiheit garantiert sei. Endlich weise ich auf die klare Bestimmung der Verfassung im Artikel 12 hin, welcher unbedingt in seiner vollen Kraft vorsteht; auch darin ist die Gewissensfreiheit, die private und öffentliche Gottesverehrung vollkommen gesichert. Wenn man die erste und Hauptbedeutung des Gottesdienstes der christlichen Kirche, wenn man die Spende der Sacramente und für die Katholiken die Feier der heiligen Messe aus irgend welchem Grunde mit Strafe belegt, so geht man an gegen alle diese Grundsätze und gegen die Versprechen, welche vom Throne herab an die Völker gegeben sind. (Lebhafte Beifall im Centrum.) So etwas ist an sich absolut unzulässig, ist verwerthlich und kann auch als Mittel selbst zu einem guten Zwecke nicht gebraucht werden, denn der Zweck wird nie das Mittel heiligen. (Aborti links.)

Ich habe das mit Bedacht gesagt, um Ihnen zu beweisen, daß Sie, wenn Sie diese Bestimmungen aufrecht erhalten, stets das thun, was Sie Anderen vorwerfen. Lesen Sie die Journale Ihrer eigenen Partei und Sie werden finden, daß gerade da dieser Gesichtspunkt mit ganz besonderer Kraft betont worden ist. Es ist also nach meiner Richtung, aus keinem Gesichtspunkte zu rechtfertigen, was bezüglich der heiligen Mysterien der christlichen Kirche verordnet ist. Wenn ich mich aber darin auch irre sollte, wenn es wirklich zulässig wäre, diese Mysterien unter Strafe zu stellen, so würde doch jetzt es unmöglich sein, wenn irgend ein Wohlwollen, irgend ein Rechtsgefühl, irgend eine Billigkeit vorhanden ist, diesen Zustand fortzuführen zu lassen, naddem in einem solchen Maße der Notstand der katholischen Gemeinden sich gezeigt hat. Ich habe als Nachtrag zu meinem Antrag, gleichsam als eine bereite Motivirung derselben, ein Tableau zusammengestellt und Ihnen mittheilen lassen, aus welchem Sie entnehmen, daß über ein Viertel aller Parochien und nahezu ein Viertel aller Geistlichen seit 1873 mit Tode abgegangen ist. Es bedarf keines Beweises gegenüber diesen sprechenden Zahlen, daß drei Viertel zum Theil sehr alter Geistlichen nicht leisten können, was vier Viertel zu leisten im Stande gewesen sind. Für die vollständige Richtigkeit dieser Aufstellung kann ich nicht bürgen; aus den Ermittlungen aber, die die Regierung selbst hat anstellen lassen, wird sie sich, glaube ich, überzeugt haben, daß die Röth eine große ist. Der Minister hat in einem früheren Stadium der Berathung erklärt, daß im Wege des § 5 des Juligesetzes dem Notstand abzuholzen sei. Diese Behauptung kann nicht richtig sein; denn der Wegefall eines Viertels des Curatclerus kann nicht durch die übrig bleibenden ersetzt werden, um so weniger, als die Hilfe der zahlreichen angelösten Geistlichen nicht leisten können, was vier Viertel zu leisten im Stande gewesen sind. Ihr die vollständige Richtigkeit dieser Aufstellung kann ich nicht bürgen; aus den Ermittlungen aber, die die Regierung selbst hat anstellen lassen, wird sie sich, glaube ich, überzeugt haben, daß die Röth eine große ist. Der Minister hat in einem früheren Stadium der Berathung erklärt, daß im Wege des § 5 des Juligesetzes dem Notstand abzuholzen sei. Diese Behauptung kann nicht richtig sein; denn der Wegefall eines Viertels des Curatclerus kann nicht durch die übrig bleibenden ersetzt werden, um so weniger, als die Hilfe der zahlreichen angelösten Geistlichen nicht leisten können, was vier Viertel zu leisten im Stande gewesen sind. Ihr die vollständige Richtigkeit dieser Aufstellung kann ich nicht bürgen; aus den Ermittlungen aber, die die Regierung selbst hat anstellen lassen, wird sie sich, glaube ich, überzeugt haben, daß die Röth eine große ist. Der Minister hat in einem früheren Stadium der Berathung erklärt, daß im Wege des § 5 des Juligesetzes dem Notstand abzuholzen sei. Diese Behauptung kann nicht richtig sein; denn der Wegefall eines Viertels des Curatclerus kann nicht durch die übrig bleibenden ersetzt werden, um so weniger, als die Hilfe der zahlreichen angelösten Geistlichen nicht leisten können, was vier Viertel zu leisten im Stande gewesen sind. Ihr die vollständige Richtigkeit dieser Aufstellung kann ich nicht bürgen; aus den Ermittlungen aber, die die Regierung selbst hat anstellen lassen, wird sie sich, glaube ich, überzeugt haben, daß die Röth eine große ist. Der Minister hat in einem früheren Stadium der Berathung erklärt, daß im Wege des § 5 des Juligesetzes dem Notstand abzuholzen sei. Diese Behauptung kann nicht richtig sein; denn der Wegefall eines Viertels des Curatclerus kann nicht durch die übrig bleibenden ersetzt werden, um so weniger, als die Hilfe der zahlreichen angelösten Geistlichen nicht leisten können, was vier Viertel zu leisten im Stande gewesen sind. Ihr die vollständige Richtigkeit dieser Aufstellung kann ich nicht bürgen; aus den Ermittlungen aber, die die Regierung selbst hat anstellen lassen, wird sie sich, glaube ich, überzeugt haben, daß die Röth eine große ist. Der Minister hat in einem früheren Stadium der Berathung erklärt, daß im Wege des § 5 des Juligesetzes dem Notstand abzuholzen sei. Diese Behauptung kann nicht richtig sein; denn der Wegefall eines Viertels des Curatclerus kann nicht durch die übrig bleibenden ersetzt werden, um so weniger, als die Hilfe der zahlreichen angelösten Geistlichen nicht leisten können, was vier Viertel zu leisten im Stande gewesen sind. Ihr die vollständige Richtigkeit dieser Aufstellung kann ich nicht bürgen; aus den Ermittlungen aber, die die Regierung selbst hat anstellen lassen, wird sie sich, glaube ich, überzeugt haben, daß die Röth eine große ist. Der Minister hat in einem früheren Stadium der Berathung erklärt, daß im Wege des § 5 des Juligesetzes dem Notstand abzuholzen sei. Diese Behauptung kann nicht richtig sein; denn der Wegefall eines Viertels des Curatclerus kann nicht durch die übrig bleibenden ersetzt werden, um so weniger, als die Hilfe der zahlreichen angelösten Geistlichen nicht leisten können, was vier Viertel zu leisten im Stande gewesen sind. Ihr die vollständige Richtigkeit dieser Aufstellung kann ich nicht bürgen; aus den Ermittlungen aber, die die Regierung selbst hat anstellen lassen, wird sie sich, glaube ich, überzeugt haben, daß die Röth eine große ist. Der Minister hat in einem früheren Stadium der Berathung erklärt, daß im Wege des § 5 des Juligesetzes dem Notstand abzuholzen sei. Diese Behauptung kann nicht richtig sein; denn der Wegefall eines Viertels des Curatclerus kann nicht durch die übrig bleibenden ersetzt werden, um so weniger, als die Hilfe der zahlreichen angelösten Geistlichen nicht leisten können, was vier Viertel zu leisten im Stande gewesen sind. Ihr die vollständige Richtigkeit dieser Aufstellung kann ich nicht bürgen; aus den Ermittlungen aber, die die Regierung selbst hat anstellen lassen, wird sie sich, glaube ich, überzeugt haben, daß die Röth eine große ist. Der Minister hat in einem früheren Stadium der Berathung erklärt, daß im Wege des § 5 des Juligesetzes dem Notstand abzuholzen sei. Diese Behauptung kann nicht richtig sein; denn der Wegefall eines Viertels des Curatclerus kann nicht durch die übrig bleibenden ersetzt werden, um so weniger, als die Hilfe der zahlreichen angelösten Geistlichen nicht leisten können, was vier Viertel zu leisten im Stande gewesen sind. Ihr die vollständige Richtigkeit dieser Aufstellung kann ich nicht bürgen; aus den Ermittlungen aber, die die Regierung selbst hat anstellen lassen, wird sie sich, glaube ich, überzeugt haben, daß die Röth eine große ist. Der Minister hat in einem früheren Stadium der Berathung erklärt, daß im Wege des § 5 des Juligesetzes dem Notstand abzuholzen sei. Diese Behauptung kann nicht richtig sein; denn der Wegefall eines Viertels des Curatclerus kann nicht durch die übrig bleibenden ersetzt werden, um so weniger, als die Hilfe der zahlreichen angelösten Geistlichen nicht leisten können, was vier Viertel zu leisten im Stande gewesen sind. Ihr die vollständige Richtigkeit dieser Aufstellung kann ich nicht bürgen; aus den Ermittlungen aber, die die Regierung selbst hat anstellen lassen, wird sie sich, glaube ich, überzeugt haben, daß die Röth eine große ist. Der Minister hat in einem früheren Stadium der Berathung erklärt, daß im Wege des § 5 des Juligesetzes dem Notstand abzuholzen sei. Diese Behauptung kann nicht richtig sein; denn der Wegefall eines Viertels des Curatclerus kann nicht durch die übrig bleibenden ersetzt werden, um so weniger, als die Hilfe der zahlreichen angelösten Geistlichen nicht leisten können, was vier Viertel zu leisten im Stande gewesen sind. Ihr die vollständige Richtigkeit dieser Aufstellung kann ich nicht bürgen; aus den Ermittlungen aber, die die Regierung selbst hat anstellen lassen, wird sie sich, glaube ich, überzeugt haben, daß die Röth eine große ist. Der Minister hat in einem früheren Stadium der Berathung erklärt, daß im Wege des § 5 des Juligesetzes dem Notstand abzuholzen sei. Diese Behauptung kann nicht richtig sein; denn der Wegefall eines Viertels des Curatclerus kann nicht durch die übrig bleibenden ersetzt werden, um so weniger, als die Hilfe der zahlreichen angelösten Geistlichen nicht leisten können, was vier Viertel zu leisten im Stande gewesen sind. Ihr die vollständige Richtigkeit dieser Aufstellung kann ich nicht bürgen; aus den Ermittlungen aber, die die Regierung selbst hat anstellen lassen, wird sie sich, glaube ich, überzeugt haben, daß die Röth eine große ist. Der Minister hat in einem früheren Stadium der Berathung erklärt, daß im Wege des § 5 des Juligesetzes dem Notstand abzuholzen sei. Diese Behauptung kann nicht richtig sein; denn der Wegefall eines Viertels des Curatclerus kann nicht durch die übrig bleibenden ersetzt werden, um so weniger, als die Hilfe der zahlreichen angelösten Geistlichen nicht leisten können, was vier Viertel zu leisten im Stande gewesen sind. Ihr die vollständige Richtigkeit dieser Aufstellung kann ich nicht bürgen; aus den Ermittlungen aber, die die Regierung selbst hat anstellen lassen, wird sie sich, glaube ich, überzeugt haben, daß die Röth eine große ist. Der Minister hat in einem früheren Stadium der Berathung erklärt, daß im Wege des § 5 des Juligesetzes dem Notstand abzuholzen sei. Diese Behauptung kann nicht richtig sein; denn der Wegefall eines Viertels des Curatclerus kann nicht durch die übrig bleibenden ersetzt werden, um so weniger, als die Hilfe der zahlreichen angelösten Geistlichen nicht leisten können, was vier Viertel zu leisten im Stande gewesen sind. Ihr die vollständige Richtigkeit dieser Aufstellung kann ich nicht bürgen; aus den Ermittlungen aber, die die Regierung selbst hat anstellen lassen, wird sie sich, glaube ich, überzeugt haben, daß die Röth eine große ist. Der Minister hat in einem früheren Stadium der Berathung erklärt, daß im Wege des § 5 des Juligesetzes dem Notstand abzuholzen sei. Diese Behauptung kann nicht richtig sein; denn der Wegefall eines Viertels des Curatclerus kann nicht durch die übrig bleibenden ersetzt werden, um so weniger, als die Hilfe der zahlreichen angelösten Geistlichen nicht leisten können, was vier Viertel zu leisten im Stande gewesen sind. Ihr die vollständige Richtigkeit dieser Aufstellung kann ich nicht bürgen; aus den Ermittlungen aber, die die Regierung selbst hat anstellen lassen, wird sie sich, glaube ich, überzeugt haben, daß die Röth eine große ist. Der Minister hat in einem früheren Stadium der Berathung erklärt, daß im Wege des § 5 des Juligesetzes dem Notstand abzuholzen sei. Diese Behauptung kann nicht richtig sein; denn der Wegefall eines Viertels des Curatclerus kann nicht durch die übrig bleibenden ersetzt werden, um so weniger, als die Hilfe der zahlreichen angelösten Geistlichen nicht leisten können, was vier Viertel zu leisten im Stande gewesen sind. Ihr die vollständige Richtigkeit dieser Aufstellung kann ich nicht bürgen; aus den Ermittlungen aber, die die Regierung selbst hat anstellen lassen, wird sie sich, glaube ich, überzeugt haben, daß die Röth eine große ist. Der Minister hat in einem früheren Stadium der Berathung erklärt, daß im Wege des § 5 des Juligesetzes dem Notstand abzuholzen sei. Diese Behauptung kann nicht richtig sein; denn der Wegefall eines Viertels des Curatclerus kann nicht durch die übrig bleibenden ersetzt werden, um so weniger, als die Hilfe der zahlreichen angelösten Geistlichen nicht leisten können, was vier Viertel zu leisten im Stande gewesen sind. Ihr die vollständige Richtigkeit dieser Aufstellung kann ich nicht bürgen; aus den Ermittlungen aber, die die Regierung selbst hat anstellen lassen, wird sie sich, glaube ich, überzeugt haben, daß die Röth eine große ist. Der Minister hat in einem früheren Stadium der Berathung erklärt, daß im Wege des § 5 des Juligesetzes dem Notstand abzuholzen sei. Diese Behauptung kann nicht richtig sein; denn der Wegefall eines Viertels des Curatclerus kann nicht durch die übrig bleibenden ersetzt werden, um so weniger, als die Hilfe der zahlreichen angelösten Geistlichen nicht leisten können, was vier Viertel zu leisten im Stande gewesen sind. Ihr die vollständige Richtigkeit dieser Aufstellung kann ich nicht bürgen; aus den Ermittlungen aber, die die Regierung selbst hat anstellen lassen, wird sie sich, glaube ich, überzeugt haben, daß die Röth eine große ist. Der Minister hat in einem früheren Stadium der Berathung erklärt, daß im Wege des § 5 des Juligesetzes dem Notstand ab

geistlichen Vorstände unserer katholischen Mitbürger, so viel an ihr war, ein Ende zu bereiten.

Diese Milderungen sind damals gegen das Votum der Herren vom Centrum durchgesetzt worden, fast mit Falsch, um endlich einmal auf dem Boden der Praxis eine Milderung des bestehenden Notstandes herbeizuführen. Ohne jed' innerer Berechtigung verlangt jetzt der Herr Abgeordnete von der Regierung einen principiell völlig anderen Schritt, als der ist, der mit § 5 des Gesetzes vom 14. Juli geschehen ist. Das Vorhandensein des Notstandes hat der Herr Abgeordnete erklärt einmal aus einem statistischen Tableau, sodann aus allgemeinen „ihm in den Gesichtskreis gefallenen Erscheinungen“, zu deren Feststellung ich ihn auf einer Reise in die Schneefelder begleiten sollte. Gewohnt durch langjährige Praxis, weder Wind noch Wetter zu scheuen, um meine Amtspflichten zu erfüllen, würde ich auch bei der heutigen Kälte diese Reise mit dem Herrn Abgeordneten machen. Aber mein statistisches Material berechtigt mich zu der pflichtgemäßen und zuverlässlichen Annahme, daß der Seelsorge-Notstand in dem von ihm behaupteten Umfang nicht vorhanden ist. (Oho! Centrum.) Aus dem Material, welches hinsichtlich der statistischen Bewegungen im katholischen Seelsorge-Clerus sorgfältig am Centralpunkt gesammelt wird, habe ich ein durchaus anderes Bild, als der Herr Abg. Dr. Windhorst, zu sehen bekommen, wie folgende Zahlen zeigen, die in einzelnen Punkten mit denen in der Rede des Herrn Dr. Windhorst übereinstimmen, dagegen in den Conclusionen wesentlich abweichen. Für die 8,800,000 katholischen Seelen (ungezählt) in Preußen existieren 4604 Pfarreien, von denen 1103 nicht ordnungsmäßig besetzt sind (hört! hört!), mit rund 2,085,000 Seelen, die ganze Diaspora, wo regelmäßige Seelsorge nur vereinzelt stattfindet, natürlich eingeschlossen. Durch die Todesfälle im letzten halben Jahre hat sich der Zustand etwas verschärft; vor einem halben Jahre waren es 100 Pfarreien mit 100,000 Seelen weniger.

Diesem Zustand, in dem die Regierung allerdings einen schweren Notstand erblickt, haben Regierung und Landesvertretung durch Artikel 5 des Gesetzes vom 14. Juli in eminentester Weise abgeholzen, wie ich sofort nachweisen werde. Es wird auf Grunde des Artikel 5, Absatz 2, in 508 nicht mehr mit Parochien besetzten Pfarreien mit 1,463,000 Seelen regelmäßige Seelsorgerische Aushilfe durch rite angestellte Stellvertreter geleistet, auf Grund von Artikel 5, Alinea 1, durch rite angestellte Geistliche in 445 Pfarreien mit 450,000 Seelen; im Ganzen haben also 953 Pfarreien mit über 1,900,000 Seelen durch die gegen das Centrum zu Stande gekommene Gesetzgebung regelmäßige Seelsorge wieder empfangen. (Bewegung.) In den übrigen 150 Pfarreien mit 270,000 Seelen wird nun von Zeit zu Zeit durch bereitwillige Geistliche die Seelsorge unbehindert ausgeübt. Nehmen wir nun Procentzahlen, die drastischer wirken, so haben wir 13,9 Prozent von den erledigten Pfarreien und 8 Prozent der Seelen, in denen durch die gesetzgeberische Aushilfe des Artikel 5 den Bedürfnissen noch nicht genugt ist; von der Gesamtzahl aller Parteien und aller Katholiken Preußens sind augenblicklich nur 3 Prozent der Pfarreien mit 2 Prozent der Katholiken nicht regelmäßig besorgt. (Bewegung.) Die Regierung wünscht allerdings lebhaft, daß jede katholische Seele regelmäßig besorgt wäre, im Hinblick aber auf das von dem Herrn Abg. Dr. Windhorst entrollte Bild kann ich nur mein neulich ausgesprochenes und von ihm mit Unwissen vernommenes Wort wiederholen: man schadet dem Interesse seiner Sache durch Übertriebungen. Nun die finanzielle Seite der Frage, die der Herr Abgeordnete allerdings in anderem Zusammenhang berührt hat. Es ist bei der diesjährigen Staatsberatung ausdrücklich besprochen worden, daß die Herren Oberpräsidenten ersucht sind, den bischöflichen Vermögensverwaltern und Staatscommissionen zu gestatten, daß die Kirchenvorstände aus den kirchlichen Revenuen den Geistlichen, die sich der Befriedigung des Seelsorgebedürfnisses unterziehen, durch Remunerationen die Sache zu erleichtern.

Ich muß demnach belennen, daß Herr Abg. Windhorst zwar sehr scharf den Standpunkt, den ich einzunehmen habe, kritisiert hat, aber keineswegs für seine Behauptungen den Beweis hat erbringen können. Es ist ja vollkommen richtig — und ich sage das zu meinem großen Bedauern —, daß, wenn der heutige Zustand fortduert, und es nicht gelingt, zu regelmäßigen Verhältnissen zurückzukehren, das Bild, welches ich eben von dem gegenwärtigen Notstande entwidelt habe, in einer gegebenen Zeit von Jahren wesentlich anders und sehr viel trübler aussehen wird. Dennoch muß ich ganz entschieden betonen, daß das Mittel zur Beseitigung dieser Zustände liegt nicht in dem ununterbrochenen Sturmlauf gegen unsere Gesetzgebung. Und wenn die heutige Verhandlung nur den Nutzen stiftet, daß sie die maßgebenden Kreise der katholischen Kirche davon überzeugt, daß dieses Mittel nicht ausreicht, um den Staat zu beugen, so würde ich darin einen großen Vortheil sehen. So sehr auch das Gesetz vom vorigen Juli durch die Beschlüsse dieses Hauses verstimmt worden ist, so enthält es doch noch einige Handhabe — wenn auch nur bis zum Schluss dieses Jahres —, wonach es möglich sein würde, eine Annäherung und Annahme zur Verhandlung zu versuchen. Lassen Sie mich den Wunsch aussprechen, daß die geistlichen Mittel, die ich andeute, nicht unbenuzt bleiben. Der Entschluß müßte allerdings von derjenigen Seite ausgehen, in deren Händen die Entscheidung über das Schicksal der katholischen Kirche ruht. (Lebhafter Beifall rechts, links im Centrum.)

Abg. v. Bennigsen: Mit Recht hat der Herr Cultusminister es abgelehnt, dem Abg. Windhorst auf das ganze Gebiet seiner Erörterungen über den Kampf zwischen Staat und Kirche bei Gelegenheit eines Antrags zu folgen, der wörtlich mit einem Antrage übereinstimmt, der vor kaum einem halben Jahre vor einer großen Mehrheit des Hauses bei Berathung des kirchenpolitischen Gesetzes vom 14. Juli nach umfassender Erörterung in zweiter und dritter Lesung abgelehnt worden ist. Auch die Parteien, welche die Regierung in dem siebenjährigen Kampfe unterstützt haben, sind durchaus veranlaßt, ebenso zu verfahren und ich für mein Theil beschränke mich darauf, den ablehnenden Standpunkt meiner Freunde zu dem Antrage Windhorst kurz zu begründen. Wie kommt er dazu, fragte der Herr Minister, diesen abgelehnten Antrag zu wiederholen, was hat sich seitdem geändert? Es sei denn, daß durch Artikel 5 des Gesetzes vom 15. Juli v. J., durch die Möglichkeit, daß gesetzlich angestellte Geistliche und Hilfsgeistliche in verwaisten Pfarreien Sacramente spenden, Messen lesen und geistliche Amtshandlungen vornehmen können, dem Notstande bis zu einem gewissen Grade abgeholfen ist. Das hat auch der Abg. Windhorst anerkannt, wenn auch nicht in dem Maße wie der Minister, dessen zahlenmäßige Darlegung für die Mehrzahl von uns ebenso interessant, als dem Unternehmen des Abg. Windhorst nicht günstig war.

Man wird im Lande darüber verwundert sein, in welchem Umfang die Wirkung des Artikels eingetreten ist, der übrigens nicht in der Vorlage enthalten war, sondern durch die Mehrheit des Hauses, zu der auch meine Freunde gehörten, in das Gesetz erst hineingebracht worden ist. Das der Abgeordnete Windhorst dem damals abgelehnten Antrag jetzt wiederholt, ist das begreiflich und für ihn notwendig. Denn das Centrum, das acht Jahre lang durch Anträge jeder Art und bei jedem Anlaß die Bewegung unerhalten hat und zu erhalten für seine Pflicht hält, weil es den Kampf für die Kirche als einen notwendigen fordert, muß sie gerade jetzt auffrischen, wo das vorjährige Gesetz und andere seit Jahr und Tag wirkende Urachen die Massen in diesem Kampf etwas ermatten lassen. Alle Parteien mit Ausnahme des Centrums, werden den Antrag ablehnen, auch die Rechte trotz ihrer motivierten Tagesordnung, die meine Freunde und ich ablehnen müssen. Denn die beiden ersten Motivierungen sind unklar, weil ein wesentliches Moment fehlt, die Hinweisung auf das Non possumus und das Erforderniß eines verhöhlten Entgegenkommens Seitens der römischen Hierarchie. Sodann weist die letzte Erwähnung auf das Gesetz vom vorigen Jahr hin, über dessen Inhalt und Bedeutung die Mehrheit des Hauses sehr verschiedener Meinung gewesen ist, und weil dieses Motiv nicht auf das Gesetz allein hinweist, sondern auf den Entwurf, der ja in seinen wesentlichen Bestimmungen durch die Mehrheit dieses Hauses abgelehnt ist. Bei der Verschiedenheit der Ausschaffungen der kirchenpolitischen Frage erscheint jeder Versuch, eine motivierte Tagesordnung einzubringen, als ein unruhiges Beginnen ohne Aussicht eine Mehrheit zu finden; dazu sind die Motive der Ablehnung des Antrags zu mannißig, ja entgegengesetzter Natur. Der Artikel 5 des Juligesetzes, über dem keine Meinungsverschiedenheit unter meinen Freunden bestand, wie es in Bezug auf das Gesetz im Ganzen der Fall war, läßt die Vornahme der Amtshandlungen nur durch angestellte Geistliche zu; der Antrag Windhorst gestattet sie allen, auch den nicht gesetzlich angestellten.

Nun kennt allerdings die pfarramtliche Tätigkeit außer Messelesen und Spendung der Sacramente auch noch andere Amtshandlungen, z. B. die Predigt, die Verkündigung der Lehre; aber die Predigt ist nicht ein so wesentlicher Theil der amlichen Tätigkeit in der katholischen Kirche, wie in der evangelischen. Messe und Sacrament bilden dort den wesentlichen Theil derselben. Läßt man zu, daß nicht gesetzlich angestellte Geistliche Messe lesen und die Sacramente austheilen, so wird der bedeutendste Theil der geistlichen Tätigkeit aus den Händen des Staates und des staatlichen Gesetzes ganz hinaus ins Freie gestellt. Diesen Standpunkt wird und kann der preußische Staat so wenig acceptiren, wie es die übrigen Staaten Europas tun, wie es der preußische Staat in einer früheren Zeit lange vor dem Maigesetz niemals gethan hat. Dies greift viel tiefer als in die Mai-

geze, es greift in die ganze Art und Weise hinein, wie die Staaten Europas in Folge einer Jahrhundertlangen Geschichte, in Folge der engen Verbindung von Staat und Kirche sich verhalten haben, in Verwaltung und Gesetz irgend eine erhebliche Einwirkung zu üben und auf die Ausübung des Amtes, die Vorbildung zu demütigen und die Kontrolle desselben. Die wesentlichen Punkte des Antrages Windhorst wird Niemand erlaufen, nachdem er gehabt hat, gewesen ist, die Maigesetze zu erläufen (Lebhafter Widerspruch im Centrum) nach den Erfahrungen, die an der Hand derselben gemacht hat, zumutbar können. Das kann keine Regierung in Preußen, das kann keine Partei im Hause außer der Christen.

Der Antrag, wie er formulirt ist, mit dem Verlangen der Straflosigkeit gegenüber den Bestimmungen der in ihm ausgeführten Gesetze, würde zur Folge haben, daß Geistliche, welche die gesetzlich erforderliche Vorbildung nicht genossen, bei denen die Anzeigefreiheit nicht erfüllt ist, Fremde, die dem Deutschen Reiche oder Preußen gar nicht angehören, ja, Geistliche, welche durch richterliches Urteil abgesetzt sind, weil ihre Thätigkeit mit der öffentlichen Ordnung gerichtlich für unvereinbar gehalten ist, den wesentlichen Theil der geistlichen Amtshandlungen in Preußen vornehmen könnten. (Rufe im Centrum: Entsetzlich!) Es würde folgen, daß es sich hier nicht bloß um Amtshandlungen der Pfarrgeistlichen, sondern, wie der Abgeordnete Windhorst mit Recht verborgebogen hat, auch um die Amtshandlungen der Bischöfe bei der Firmung und Priesterweihe handelt. Das sind aber offenbar Auflebungen gegen die Gesetze des Landes, wenn Geistliche, die auf Grund der Staatsgesetze abgesetzt sind, hier im Lande derartige Amtshandlungen ungestraft vornehmen können, wie z. B. die Firmung der Kinder, wo ein Bischofswiefer oder ein Bischof, der nicht rite angestellt oder durch gerichtliches Urteil entlassen ist, eben in seinem Sprengel umhergeht, um der Jugend das Sakrament der Firmung zu ertheilen (Große Unruhe im Centrum). Wo gerichtlich entsetzte Geistliche in denselben Pfarrsprengel, dessen Amt sie durch richterliches Urteil verloren haben, öffentlichen Gottesdienst halten, Messe lesen und Sacramente spenden können, also dem Volke gegenüber das Urteil, das der Staat auf Grund der Gesetze hat vollziehen lassen, als ganz richtig erscheinen würde. Das wäre ein Zustand, den ein Staat, der einen so schweren Kampf zu führen unternommen hat, — und ich behaupte und wiederhole, weil es ihm aufgebrungen ist — und die gesetzgebenden Körper nicht zulassen können. (Große Unruhe im Centrum. Rufe: Wer hat denn angesangen?) Nun, m. h., auf diese Frage wollen wir nicht weiter zurückgehen, darüber könnten wir stundenlange Erörterungen führen.

Der Abg. Windhorst meint, daß alles, um diesen Kampf beizulegen, durch Nachgiebigkeit der Staatsregierung geschehen müsse. Ich bin zwar von dem Ernst und der Schwere dieses Kampfes und von seiner Gefahr nicht nur für die Kirche, sondern auch für den Staat überzeugt und werde glücklich sein, sollte es möglich sein, ihn zu schließen. Aber wenn der Kampf allein derart beilegt werden kann, daß der Staat sich einfach den Forderungen der römischen Curie unterwirft, dann wird er niemals beilegt werden können. Von dem Moment an, wo deutlich und klar hervorxit, daß die römische Curie Deutschland und Preußen gegenüber bei der Auffassung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche ihresseits sich im Wesentlichen auf den Standpunkt begeben will, den sie früher in Preußen und Deutschland und noch jetzt in vielen Ländern Europas vielfach eingenommen hat, von da an sind wir bereit, einen Friedensschluß für möglich zu halten. Da werden Sie, meine Herren, meine Freunde sein, und ich bin überzeugt, daß die Mehrheit des Hauses sich bereit finden wird, ein Abkommen zu treffen, bei dem Staat und Kirche sich beruhigen werden. Ehe dieser Moment eingetreten sein wird, ist ein Friedensschluß allerdings nicht möglich. Denn die Hinweisung auf die große Bereitwilligkeit, die der Papst bei den Verhandlungen in Wien gezeigt haben soll, ist uns allen doch wohl aus der Kenntnis der Vorgänge von damals und der Publikation der Actenstücke in ganz anderem Licht erschienen. Allerdings ist einmal ein Brief an den früheren Bischof Melchers erschienen, in dem eine gewisse Bereitwilligkeit hinsichtlich der Anzeigefreiheit sich dokumentiert hat.

Ganz abgesehen davon, was der Abg. Windhorst bereits erwähnt hat, daß hier die Zulassung der Anzeige sich nur auf die Pfarre, nicht auch auf die anderen Geistlichen beziehen soll, hat später — ich lasse ununtersucht, auf welche Anregung und Einfluß — der Papst diese seine Concession nicht bloss formell zurückgenommen, wie der Abg. Windhorst meint, weil die Verhandlungen in Wien abgebrochen seien, nein, m. h., er hat den Inhalt dieser Concession auch so interpretirt, daß sie damit allen Wert verloren hat; denn die Entscheidung darüber, wann eine solche Communication mit dem Oberpräsidenten stattfinden solle, müsse natürlich der Bischof haben, wenn etwa der Oberpräsident nicht competent sein sollte. Als diese Concession hat gar keinen Wert. Wir werden auch den Tag erwarten, wo eben eine größere Bereitwilligkeit sich an der anderen Stelle findet, um den Streit beizulegen. Würde das anders und würden wir jetzt auf die Intention des Abg. Windhorst eingehen, was wäre dann der Erfolg? In dieser Hinsicht ist der Abg. Windhorst — und dafür bin ich ihm dankbar — auch ganz offen gewesen, vielleicht noch ganz so deutlich, wie in den Verhandlungen im Sommer, aber doch offen. Er hat zweimal gefragt: für jetzt und gegenwärtig stellt er nur diese Forderung, welche im Antrage enthalten ist; damals bei den Verhandlungen im Sommer hat er denselben Gedanken noch deutlicher ausgedrückt, indem er sagte: „Ich versichere auch heute nicht, daß man in Deutschland nicht eher zur Ruhe kommen wird, als bis die Maigesetze funditus — um den Ausdruck des Herrn Ministers zu gebrauchen — befeitigt worden sind.“ (Sehr richtig!) Es heißt dann weiter: „Aber für jetzt hätten wir die Vorlage nach Annahme unserer Verbesserungsvorschläge accettirt.“

Also welche Perspektive erhoffnet sich für uns und die Staatsregierung in dem Falle, daß etwa ein Abgeordnetenhaus so schwach sein sollte, den Antrag Windhorst und ähnliche Anträge anzunehmen? Das würde weiter nichts sein, wie von vornherein in offener Weise verkündet worden ist, als die erste Etappe auf dem Wege zum vollständigen Siege der Kirche über den Staat. Man würde dann die Nachgiebigkeit des geistigenden Körpers und der Staatsregierung diesem Antrage gegenüber weiter ausüben, um die Massen in dem Gedanken zu bestärken, daß der vollständige Sieg ihnen sicher sei, daß die Abfassung des Maigesetzes funditus, wie Herr Abg. Windhorst sagte, erfolge. In einem derartigen, mit solcher Perspektive vorgetragten Antrage können wir wahrlich kein Friedensbedürfnis erkennen. Wollten wir diesen Anträgen, die sich uns als Anfang zu größeren anfündigen, nachgehen, ohne von jener Seite Nachgiebigkeit erwarten zu können, wollten wir somit in die Maigesetze wie in die ganze Stellung der Staatsgesetzgebung auf diesem Gebiete eingreifen, so würden wir unsere, die staatliche Stellung brechen, die Ansprüche der katholischen Massen wie der römischen Curie steigern. Dadurch würde der Moment des Friedens in unabsehbare Ferne hinausgeschoben. Wollte aber der Staat jenen Forderungen gerecht werden, nach dieser ersten Nachgiebigkeit die Maigesetzgebung vollkommen befeitigen, so wäre auch damit dieser Kampf leineswegs beilegt, weil der Staat schwächer geworden, über kurz oder lang sich von Neuem für die notwendigen Unterlagen seiner Existenz zu wahren hätte.

Wir wollen diesen Kampf nicht 7–8 Jahre umsonst geführt haben, bis jetzt, wo der andere Theil schwach wird (Oho! Centrum), die Massen nicht mehr in Bewegung zu erhalten sind, wo man selbst in Rom die Unmöglichkeit einstellt, gegen Deutschland und das übrige Europa einen solchen Kampf gleichzeitig zu führen. Wenn der Staat nur noch 1–2 Jahre festbleibt, dann werden wir wirklich ein Ergebnis erreichen und Sie uns zum Frieden bereit finden, wenn Rom dazu bereit ist, trotz der erbitterten Feindschaft wegen der Errichtung eines evangelischen Kaiserthums. (Lärm im Centrum; Rufe: Paritätisches Kaiserthum!) Denn hier liegt die Wurzel des ganzen Kampfes zwischen Kirche und Staat! (Lärm im Centrum. Zustimmung links und rechts.) Je fester im Laufe der Jahre die umeutschändliche Sicherheit des neuen Deutschen Reiches dasteht, desto mehr wird auch in Rom trotz der Abneigung, diese Existenz zu würdigen, daß dort nicht vollständig untergegangene Interesse der eigenen katholischen Kirche zum Abschluß des Friedens drängen. Diesen Moment wollen wir abwarten, dann werden Sie uns zum Frieden bereit finden. (Wiederholter Beifall rechts, links im Centrum.)

Abg. v. Schröder-Alst: An erster Stelle muß ich der letzten Behauptung des Abg. v. Bennigsen entgegentreten, die ganz dazu angeht, die Leidenschaften gegen uns zu erregen. (Widerspruch.) Die Abneigung Roms gegen das evangelische Kaiserthum, die hier behauptet werden ist, eine historische Unwahrheit; ich verlange von Herrn v. Bennigsen den Beweis, daß von Rom oder aus unserem Reiche jemals etwas gegen das evangelische Kaiserthum gefastet worden ist. Man fragt uns, warum wir diesen Antrag schon nach einem halben Jahre wiederholen, warum wir keine neuen Gesichtspunkte vorgebracht hätten. Das hat mich aufs Neueste gewundert, die steigende Not unseres Glaubensgenossen legt uns die Verpflichtung auf, immer wieder unsere Anträge zu wiederholen in der Hoffnung, daß endlich einmal unsere Bitten erfüllt werden, nicht aus Schwäche, wie v. Bennigsen sagt, sondern aus Gerechtigkeit. Die Absicht ist ja klar, wegen unseres Willen Gesetzes geworden. Doch ist dieser Hinweis kein glücklicher, denn nicht die Regierung hat den Art. 5 eingebracht, sondern Herr v. Bennigsen

hat ihn für sich in Anspruch. Wir haben auch nicht gegen den Artikel gestimmt, sondern nur schlichtlich gegen das ganze Gesetz, weil es Bestimmungen enthält, die dem katholischen Glauben widersprechen. Ich weile die Verdächtigung zurück, als ob wir die angebotene Milderung zurückgewiesen hätten. Der Herr Minister hat den Nachweis zu führen, daß in 900 Paroeken mit mehr als 2 Millionen Seelen die regelmäßige Seelsorg durch den Art. 5 wieder hergestellt sei. Es fragt sich eben nur, was man unter regelmäßiger Seelsorg versteht. Heilt man die Absicht des Abgeordneten Petri, so kann man sehr wenig darunter verstehen. Das ist ja der große Unheilstand, das protestantische Minister, eine protestantische Mehrheit, protestantische Behörden darüber entscheiden, was für uns Katholiken zu Seelsorg gehört, und was unser Recht sei. Das ist die ungünstigste Lage, in der eine confessionelle Minorität sich befinden kann. (Befürwortung.)

Die von Windhorst beigebrachte Statistik über den kirchlichen Notstand ist sicher zuverlässiger, als die, welche Landräthe und Bürgermeister aufstellen. Das seelsorgerische Bedürfnis eines katholischen Christen ist nicht befriedigt, wenn in seiner Gemeinde alle vierzehn Tage oder auch alle acht Tage ein Geistlicher erscheint. Jeder Katholik muß mindestens alle Sonntage eine heilige Messe hören, wie soll dann eine ganze Gemeinde dieser Pflicht nachkommen, wenn überhaupt nur eine Messe in der Woche gelesen wird. Der Minister rägt uns, wir sollen uns nach Rom wenden. Dieser Rath hat mindestens nicht den Reiz der Reuekeit. Glauben Sie denn, wir wären der Fehler fähig, dem Oberhaupt unserer Kirche den Rath zu geben, er solle selbst die Rechte unserer Kirche unseren Glauben entzweitzen? Stein, ehe wir diesen Vertrag haben, wollen wir lieber weiter das Schwert er dulden. (Befürwortung.) Nach der Absicht des Herrn v. Bennigsen müssen wir die Aufrégung unserer Wähler aufrecht erhalten, weil die Massen aufstehen schwach zu werden. Ich habe bis jetzt nur gemerkt, daß die liberalen Massen schwach werden, und ich glaube, daß Herr v. Bennigsen mehr Herzklöppen für die nächsten Wahlen hat als wir. Sein Argument ist aber auch ironisch sehr schwach. Wir wollen doch nur mit dem Antrage die schrecklichen Notstände beseitigen, die Bevölkerung würde also weniger die Folgen des Culturlampses spüren, und wir würden uns damit eine Waffe entziehen. Ich sage aber, Herr v. Bennigsen, man sucht Niemanden hinter dem Oden, wenn man nicht selbst dahinter steht. Solche Reden von liberaler Seite werden aber mehr für uns im Lande wirken als unser Antrag.

Jeder Katholik muß am Sonntage und an Feiertagen eine Messe hören und ein Mal im Jahre das Sacrament genießen, das gehört zum Glauben. Diese Freiheit des religiösen Bedürfnisses ist im Art. 12 der Verfassung gewährleistet, den Sie bis jetzt noch nicht aufgehoben haben. Für alle Bekennuisse, für Israeliten, für Mormonen und schließlich auf für Samoaer besteht diese Freiheit, nur für uns Katholiken nicht. Seit der Civilstands-Gesetzgebung ist die Einschließung für uns ein rein religiöser Act, und wer uns denselben beschränkt, der stellt sich auf den Standpunkt der Staats-Omnipotenz des alten Rom und der Schreckensherrschaft der Revolution von 1789. Die Verhandlung, die man uns angebietet lädt, schreit uns nicht; mein Nachbar, Herr Gumbrecht, der leider nicht auf seinem Platz ist, hat ja neulich offen erklärt, man müsse uns eigentlich wie aufstrebende Soldaten decimieren. Das schreit etwas nach dem Revolver-Comment und der Herr scheint alle Staatsbürger als Soldaten zu betrachten (Oho!); das von der liberalen Seite damals keine Milderung laut wurde, hat mich nicht gewundert. Was würde aber für ein Lärm entstanden sein, wenn bei den Jubeldebatten davon gesprochen worden wäre, die Juden zu decimieren? Wie viele Juwes haben wir da gehörig? Ich wundere mich, daß Herr v. Bennigsen heute es wieder für nötig gehalten hat, sein Beharren auf dem alten culturlampfischen Standpunkt zu betonen; wir haben an seinem alten Eifer nicht gezwiegt. Ich glaube, die Herren fühlen das Bedürfnis, die Einschließung der Kirche einzuführen, um die Friedensschlacht im Culturlampf zu bewältigen. Beim Juligesetz ist das nicht gelungen, die Secession ist ja dadurch verhindert worden. Herr von Bennigsen hat oft genug den Secessionisten die Friedensbande dingerichtet, immer aber, wenn es zum Bruderkrieg kommen sollte, drängte sich ein Schreckbild zwischen beide, Fürst Bismarck mit seinem Schutzwall. Wir wissen aber alle, nicht an Ritters Hand, sondern an der des Reichskanzlers, wie Herr v. Bennigsen in ein besseres Vaterland wandeln (Heiterkeit).

Die Mittelpartei wird aber, um einen Ausdruck Mommsen's zu gebrauchen, der Grund der Decomposition der liberalen und conservativen Partei sein. Der Culturlampf hat ja für die Interessen die verschiedenste Bedeutung: für den Staat ist er eine Machfrage, vielleicht auch das Mittel zur Gründung einer Staatskirche; für die liberalen Parteien war er ein Kampf gegen den Oberpräsidenten und die evangelische Orthodolie, schließlich ein Kampf gegen die Religion überhaupt. Lange konnten also beide Freude nicht nebeneinander bestehen. Daher mußte Falt geben und von Buttamer mußte kommen. Die Kampfesweise hat sich aber, wie wir heute gesehen, nicht geändert, es ist wirklich dasselbe Faden, nur eine andere Nummer. Änderungen sind nur eingetreten, soweit das Interesse des Staates und der evangelischen Kirche es bedingen, und nur, weil er auch diese schwäbige, musikale Falt geben; für uns ist Herr v. Buttamer nicht gekommen; die Bischofslämer und Pfarreien sind noch immer vermaist, das Kirchenvermögen ist confiscat, die Gehälter der Geistlichen sind gesperrt. Die Schulz trifft aber, wie ich offen zugestehen, nicht den Minister allein und die liberale Partei, nein, die Schulz trifft den Reichskanzler Fürst Bismarck, er hat die Macht in Händen, seine Schul

richtig aufgefaßt, nicht als ein Zeichen der Schwäche des Rückugs, auch nicht als Beweis fortwährender böser Absicht, sondern als ein Zeichen, daß man bereit sei, bis zu die äußerste Grenze zur Beilegung des Streites zu gehen, aber auch fest entschlossen, auf den als notwendig anerkannten Forderungen zu bestehen. Dies war der Standpunkt unserer Partei im Juli v. J.; jetzt sollen wir ein neues Wort abgeben, doch die erneute Prüfung führt zu anderen Resultaten. Es handelt sich zunächst darum, ob unsere staatlichen Forderungen berechtigt seien oder ihre Zurückweisung seitens des Centrums. Wir sind der Ansicht, daß Rom nachgeben kann, ohne gegen die Grundsätze der katholischen Kirche zu verstossen, und glauben, daß die Entscheidung dieser Frage getroffen dem Urteil des katholischen Volkes überlassen werden kann und für uns nicht ungünstig ausfallen wird. Der Hauptpunkt in der Maigesetzung ist und bleibt die Anzeigepflicht. Wir wollten bei der Beurteilung des Juligesetzes den eben Erlass dieser Pflicht auch nicht in die Hände der Verwaltungsbüroden legen und meinten, es werde dadurch der Haß gegen Beamte, welchen diese Befugnis beigelegt ist, wenn sie vor ihr keinen Gebrauch machen, erweckt und der Kampf noch verschärft. Für den preußischen Staat paßt das Verwaltungserfahren in diesem Falle nicht. So wir hätten es als einen Rückzug betrachtet, hätten wir auch auf solchem Wege die Anzeigepflicht durchbrochen. Uns gilt diese Anzeigepflicht in erster Linie als berechtigte Forderung des Staates, und darum widerstreben wir dem Antrag Windhorst. Wir suchen die schädlichen Folgen des Culturmäßiges, soweit dieses angängig ist, zu mildern. Nun sagt man clericalistisch, es handle sich hier um einen Kampf des Glaubens gegen den Unglauben. Dies muß ich entschieden von der Hand weisen. Der Staat hat die schwere Aufgabe, soweit wie möglich die Verschiedenheit in den Confessionen auszugleichen und vergestalt das Christentum zur praktischen Wahrheit zu machen, und in diesem seinem Beruf erscheint er als ein noch bedeutender Träger des Christentums, wie die Kirche. Diese Aufgabe verfolgt der Staat auch in dem Culturmäßige, der nicht dem Volke den Glauben nehmen soll. Einer Kirche jedoch, welche die Superiorität über den Staat beansprucht, hat der Staat das Recht und die Pflicht, sein Recht einzugestalten. Auch dieses erkennt das Volk als berechtigt an, und ich glaube, wir können ihm vertrauensvoll auch das Urtheil über die Beurteilung der Klage überlassen, ob die katholische Kirche mit dem Interdict belebt sei.

(Schluß folgt in der Morgen-Ausgabe.)

Berlin, 26. Januar. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahm gestern Nachmittag den Vortrag des Reichskanzlers Fürsten Bismarck entgegen. Heute empfing Se. Majestät den Abschiedsbesuch des Prinzen Albrecht und nahm demnächst den Vortrag des Wirklichen Geheimen Rathes von Wilmowski, sowie die Meldung des General-Adjutanten Grafen von Bismarck-Böhlen entgegen. — Zur Feier des Hochzeitstages Ihrer Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten des Kronprinzen und der Kronprinzessin dienten dieselben gestern mit ihren Kindern und dem Erbgroßherzog von Baden bei den Kaiserlichen Eltern.

[Ihre Majestät die Kaiserin und Königin] war gestern in der Soiree der Ober-Hofmeisterin Gräfin Porsoncher anwesend. (Reichstag.)

[Ernennung.] Der bei der Staats- und Kassen-Abteilung des Finanz-Ministeriums angestellte Geheime Rechnungs-Rath Marx ist zum Befehlshaber der Hauptbuchhalterei des Finanz-Ministeriums ernannt worden.

[Beförderung.] Der ordentliche Lehrer Eduard Haub am Gymnasium zu Höxter ist zum Oberlehrer an der Anstalt befördert worden.

Gewinn-Liste der 4. Klasse 163. Königl. Preuss. Klassen-Lotterie.

Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Kochstraße 20,

ohne Gewähr.

(Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthesen beigefügt.)

Berlin, 26. Jan. Bei der heute festgestellten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

9 113 38 228 38 43 308 496 577 622 36 788 945 1029 39  
50 (300) 120 206 23 82 389 (300) 453 518 56 64 95 611 (300) 67  
704 96 812 77 (3000) 93 926 32 (300) 2015 16 35 60 143 70 215  
39 41 90 302 34 84 (600) 418 35 641 (600) 707 12 83 845 3024  
62 117 288 (300) 327 72 534 649 58 88 706 19 48 61 830 77  
4017 38 97 161 272 74 83 357 (1500) 408 9 43 61 74 79 501 50  
(300) 96 658 783 (600) 840 76 937 5016 22 109 80 313 21 415  
27 513 28 29 749 52 54 63 64 898 940 (3000) 49 6022 47 78 124  
66 (300) 258 316 36 423 58 (300) 528 48 52 (3000) 665 (300) 67  
(1500) 76 732 35 836 83 98 936 50 7000 29 38 131 226 48 97  
(600) 301 67 68 73 404 (1500) 90 (800) 574 63 7 (1500) 804 50  
915 60 8025 (600) 53 64 85 87 159 222 (300) 39 358 73 411 565  
601 41 722 69 73 95 806 19 25 (600) 74 91 96 945 46 9023 150  
80 96 238 84 334 415 39 554 99 636 58 60 733 (6000) 52 (300)  
72 816 (300) 55 (600) 95 927 80 81 (300) 85.  
10,059 91 (600) 135 75 201 6 38 384 404 49 515 97 682  
(1500) 716 19 856 928 45 11,027 62 169 84 93 282 89 (1500)  
338 522 40 49 607 747 79 93 803 941 12,031 94 141 45 (1500)  
238 49 73 362 65 75 454 512 15 721 79 842 76 912 42 92  
13,000 57 73 101 217 98 319 60 65 66 76 447 78 587 (3000) 89  
(600) 96 608 16 39 40 (600) 727 89 936 93 14,020 (6000) 46 79 91  
111 40 204 22 45 89 343 63 65 80 87 90 412 (300) 86 99 (300) 534  
74 75 97 (600) 676 (600) 700 3 14 39 96 (600) 868 15,026 27 61  
117 230 86 99 371 456 82 88 96 503 32 613 70 708 52 68 803  
18 96 (600) 910 27 73 16,185 241 44 350 417 43 95 529 698  
766 67 (600) 924 17,014 66 (300) 95 132 (1500) 80 231 76 315 50  
(300) 88 96 432 525 80 (300) 600 48 57 (300) 707 35 (300) 74 (300)  
98 851 64 (600) 65 (300) 906 12 18,113 209 20 26 31 318 495  
525 (1500) 87 642 68 76 (1500) 94 719 27 32 43 (600) 60 97 803 74  
978 (300) 19,008 33 54 75 86 132 50 66 222 40 (300) 323 409 51  
55 93 501 44 (600) 676 (300) 747 90 958 (300) 60.  
20,049 99 110 48 (3000) 341 77 93 426 38 68 518 640 66 732  
55 (300) 834 57 87 21,028 58 82 184 277 317 (3000) 30 78 (600)  
458 94 535 649 705 826 31 (300) 920 85 91 22,061 144 64 65  
272 93 96 (600) 408 56 71 76 510 (600) 25 48 51 63 800 6 9 (600)  
51 53 81 934 47 23,007 (300) 51 85 99 128 94 203 (300) 52 57 384  
482 (300) 84 97 504 28 42 43 58 75 914 24,052 137 62 64 80 272  
73 76 315 37 40 405 33 80 (300) 512 (300) 55 610 75 87 (600) 704  
45 74 95 831 78 911 (600) 25 (300) 50 (300) 25,001 140 81 (300)  
252 70 383 99 405 509 38 (300) 59 617 44 720 51 78 97 (600) 937  
26,016 39 (1500) 53 63 106 14 45 47 54 233 46 61 300 6 516 33  
35 58 (300) 77 610 (300) 23 34 (600) 51 782 94 838 (300) 89 977 90  
27,046 (300) 60 65 194 201 12 (3000) 76 (600) 98 366 481 539  
643 (300) 92 783 94 828 73 (300) 981 28,003 18 165 202 18 68  
87 (300) 394 97 99 454 83 85 95 641 55 96 (3000) 755 50 96  
29,003 120 81 218 34 396 431 (300) 32 60 (300) 82 597 615 19  
65 798 812 (300) 22 (300) 29 31 68 939.  
30,048 53 73 310 434 56 574 809 24 78 86 917 25 31,009  
93 159 (300) 278 87 (1500) 883 (1500) 452 99 511 (300) 34 670  
763 69 833 34 (600) 912 (1500) 85 32,005 58 176 230 61 91 340  
87 442 81 93 507 67 600 38 66 79 704 836 58 65 88 951 46  
33,034 47 259 78 400 9 25 501 (6000) 39 40 50 680 (300) 85 790  
814 28 920 88 (600) 34,028 56 95 169 312 38 47 59 85 (1500) 428  
509 60 636 (600) 68 79 853 97 905 8 37 (300) 35,025 (300) 150 58  
68 95 97 208 5 (3000) 75 92 377 424 42 (3000) 99 612 77 702 (300)  
45 95 (600) 899 (300) 946 (600) 36,008 111 90 (3000) 372 (300) 415  
20 526 68 600 77 704 19 24 (300) 62 65 73 90 96 817 966 68  
37,007 22 72 86 102 50 245 97 309 23 443 70 3000 502 25 620  
68 (300) 74 93 (300) 711 (1500) 22 59 (300) 824 936 45 (300) 38,126  
32 41 225 (600) 35 392 542 (1500) 48 92 (600) 620 (3000) 48 741  
65 78 81 87 810 (300) 937 (600) 39 049 56 102 6 507 86 630 929.  
40,045 72 148 250 (300) 88 374 401 37 502 25 49 78 694  
780 850 963 73 41,027 58 98 141 91 98 216 81 323 43 408 39  
81 (1500) 506 34 50 609 38 777 807 (300) 29 (300) 32 65 80 (600)  
91 900 3 28 (300) 30 (300) 48 54 65 42,015 57 213 333 425 60 72  
512 34 624 64 743 46 (300) 75 860 (300) 77 915 (3000) 36 41 76 98  
43,016 (1500) 105 82 (600) 255 57 70 91 474 (600) 97 629 50 72  
980 44,009 12 64 87 145 87 356 69 408 23 90 522 90 614 (600)  
736 55 (300) 803 38 47 930 (300) 33 45,003 8 52 298 302 16 22  
60 66 (1500) 488 556 673 79 87 (3000) 759 70 810 20 35 36 (300)  
903 9 (300) 27 31 46,013 95 97 121 98 234 (300) 319 27 (300) 404  
(3000) 33 51 (1500) 595 642 733 46 94 814 99 47,074 129 60 63  
74 216 31 48 334 37 41 42 525 84 648 714 819 64 (3000) 904  
27 42 43 46 48,022 138 48 (3000) 68 236 356 68 (600) 470 97  
522 (1500) 61 75 79 668 709 14 (300) 81 (600) 816 68 73 900 35

49,270 308 11 44 607 20 53 (300) 80 (300) 86 703 (1500) 79 (600)  
81 (600) 813 43 57 (600) 89 903 (600) 21 48 94.  
50,134 46 56 209 22 75 83 94 302 45 462 (300) 551 71 663  
730 52 56 (600) 807 16 61 97 926 67 88 51,102 8 31 43 45 90 (300)  
200 59 85 303 537 43 676 (1500) 707 29 66 76 839 64 901 9 32  
52,022 114 15 17 27 253 59 88 372 85 (600) 99 460 500 (6000) 74  
75 607 28 67 734 50 872 78 923 (600) 28 56 53,028 84 140 (300)  
60 74 88 203 36 59 (600) 64 328 (300) 34 (1500) 63 70 (3000) 464  
507 92 667 706 55 84 801 26 (3000) 78 54,013 (600) 14 (3000) 64  
262 358 83 (300) 432 540 58 610 (300) 26 46 68 74 (300) 76 86  
(600) 716 (600) 35 802 961 55,031 33 119 29 95 255 363 95  
(600) 429 53 55 (300) 96 (300) 516 60 (600) 84 624 77 769 84 882  
903 28 51 85 97 56,019 54 62 72 118 (600) 30 32 43 (600) 214 65  
90 97 388 682 (300) 97 780 840 (3000) 51 (300) 918 63 57,125 87  
93 289 (3000) 300 (300) 21 (600) 23 86 419 60 91 500 42 609 (3000)  
43 53 96 813 19 28 32 36 79 (1500) 904 5 1500 12 58,041 43 89  
148 267 85 (1500) 369 94 463 88 522 671 725 932 59,000 20  
218 52 328 (300) 33 97 433 524 768 70 811 36 95 (1500) 900  
(3000) 10 42.

60,017 (300) 34 261 74 336 40 52 404 86 686 764 824 93  
901 61,123 257 359 92 445 47 73 79 577 93 805 33 44 76 (300)  
86 93 736 77 93 805 16 (300) 936 (300) 62,063 67 108 9 34 50  
(600) 52 207 41 70 377 423 29 63 (300) 68 641 48 84 709 800  
20 (600) 55 77 (300) 92 900 68,047 (300) 59 215 64 82 (600) 360  
420 60 (1500) 522 47 (300) 601 92 744 52 999 64,102 12 41 83  
300 5 (300) 43 (3000) 493 585 686 (3000) 736 875 (300) 76 (600)  
92 959 (3000) 65,127 78 208 338 97 457 66 (300) 571 73 95 651  
87 719 808 (600) 15 985 66,091 124 49 53 83 205 (300) 13 (3000)  
28 79 335 39 40 (

# Berliner Börse vom 26. Januar 1881.

## Fonds- und Geldcourse.

	Wechsel-Course.			
Deutsche Reichs-Akt.	4	100,50	bzG	
Consolidirte Anleihe	4	100,50	bzG	
do. do. 1876	4	100,70	bzG	
Staats-Akt.	4	100,25	bzG	
Staats-Schuldscheine	3	97,80	bzG	
Präm.-Anleihe v. 1855	3	130,50	bzG	
Berliner Stadt-Oblig.	4	104,10	bzG	
Pommersche	4	99,60	bzG	
do. do.	4	99,60	bzG	
do. do. Ldach Crd.	4	102,50	bzG	
Posensche neue	4	99,70	G	
Schlesische	4	92,00	bzG	
Landschaftl. Central	4	99,70	bzG	
Kur. N. Neumarkt.	4	100,10	G	
Pommersche	4	100,00	G	
Posensche	4	100,00	bzG	
Pruessische	4	100,00	G	
Westfäl. u. Ehsen	4	100,20	bzG	
Schlesische	4	100,00	G	
Badische Präm.-Akt.	4	134,50	B	
Bayerische Präm.-Akt.	4	136,75	B	
do. Anl. v. 1875	4	100,60	G	
Görl.-Mind.-Prämiere	3	130,10	bzG	
Sächs. Reute von 1876	3	78,50	bzG	

	Dollar 4,19 G	Oest. Bkr. 117,90 bz
Sover. 28,36	bz	do. Silbergd. —
Napoleon 16,15 G	—	Russ. Eku 211,20 bz
Imperials 9,71 G	—	

## Eisenbahn-Stamm-Aktionen.

	Divid. pro	1879	1880
Aachen-Maastricht	3	4	34,25 bzB
Berg.-Märkische	4	4	114,10 bz
Berlin-Anhalt	0	4	118,30 bzG
Berlin-Dresden	0	4	18,30 bzG
Berlin-Hannover	121/2	4	24,10 bz
Berlin-Stettin	4	4	227,25 G
Böh.-Westbahn	4	4	116,20 bz
Bresl.-Freib.	4	4	100,25 bzG
Cöln-Minden	6	3	140,30 bzG
Dax-Bodenbach	0	4	104,25 bzG
Gal. Cai-Ludw. B.	7,738	4	120,25 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	4	25,60 bz
Kaschau-Oderbr. rg	4	4	55,80 bz
Kroppa Radolp.	5	5	70,30 bzG
Ludwigs.-Boxh.	9	9	201,00 G
Märk.-Posener	0	4	30,20 bz
M. g. d. Halberst.	6	6	149,60 bz
Mainz-Ludwigh.	4	4	94,50 bzB
Niederschl.-Mark.	4	4	100,25 G
Oberschl.-A. O. D. E.	99/5	3	197,60 bz
da. 99/5	3	159,50 bzB	
Oest. Fr. S. P.	6	5	47,50-74,00
Oest. Nordwest.	4	5	320,00 bz
Oest. Süds. (Lomb.)	0	4	170,50-70,00
Ostpreuss. Südb.	0	4	41,50 bzG
Rechte-U. B.	73/10	4	145,80 bzG
Rothenberg-Pars.	4	4	59,00 bzB
Ehrenb. 7	61/2	4	168,60 bz
do. Lit. B. (49, car.)	4	4	99,80 G
Ehren-Nake-Bahn	0	4	16,20 bz
Human. Eisenbahn	3	3	55,40 G
Schweiz-Westbahn	0	4	29,20 bz
Stargard.-Posener	4	4	103,70 B
Thüringer Lit. A.	5	4	172,50 G
Warschau-Wien	11/2	4	296,50 bzG
Weimar-Gera	4	4	53,25 bzB

## Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1-1-1-4)	63,20	bzB
do. (1-1-1-10)	63,20	bzB
Goldrente	4	75,86 bzG
Papierrente	4	62,00 bz
öster. Präm.-Akt.	4	112,75 etzbzB
Lott.-Akk. v. 65	5	122,50 bzG
Credit-Losse	fr.	326,00 bzG
do. 64c Losse	fr.	312,50 G
Russ. Präm.-Akk.	v. 64	146,80 bzG
do. 1866	5	144,25 bzG
Orient-Anl. v. 1777	5	60,30 bz
do. v. 1878	5	60,50 bzB
do. III. v. 1878	5	69,20 bzG
do. v. 1871	5	91,23 bz
do. v. 1872	5	91,23 bz
do. Anleihe 1877	5	95,10-20 bz
do. do. 1836	4	73,80 bzB
do. Bod.-Ored. Pfdr.	5	83,90 etzbzB
do. Oest.-Bod.-Cr.-Pfdr.	5	79,50 etzbzB
Russ.-Poln.-Schatz-Obl.	4	83,30 bz
Poin. Pfndr. III. Em.	5	65,30 G
Poin. Liquid.-Pfndr.	4	56,50 bz
Amerik. rücka. p. 1881	6	100,00
do. 5% Anleihe	5	99,10-100,00
Ital. 50% Anleihe	5	87,60 G
Raab.-Graser 100% L.	4	91,10 bz
Rumän. Anleihe	5	—
R. m. Staats-Obligation	6	92,60 bz
Ungar. Goldrente	6	93,30 bz
Ung. St.-Elstab.-Akk.	5	90,20 bz
Finnische 10 Thlr.-Loose	50,50 bzG	
Türken-Loose	36,50 bzB	

## Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktionen.

Berlin-Dresden	0	5	54,75 bzB
Berlin-Görlitz	3	8	81,25 bzG
Bresl.-Warschau	0	5	43,20 bzG
Halle-Sorau-Gub.	3	8	98,50 bz
Kohlfurt-Falkenb.	0	5	50,00 bzG
Märkisch-Posen	5	5	102,00 bzB
Magdeb.-Halberst.	3	3	89,10 bz
do. Lit. O.	5	5	124,10 G
Marienburg-Mlawo	5	5	88,50 G
Ostpr. Südbahn	5	5	89,25 bz
Posen-Kreisburg	28/4	5	70,25 bzG
Rechte-U. B.	73/10	5	145,25 bzG
Röthenberg-Pars.	4	4	59,00 bzB
do. Lit. B.	4	4	99,80 G
do. do. 1866	5	144,25 bzG	
Orient-Anl. v. 1777	5	60,30 bz	
do. do. v. 1878	5	60,50 bzB	
do. III. v. 1878	5	69,20 bzG	
do. Engl. v. 1871	5	91,23 bz	
do. v. 1872	5	91,23 bz	
do. Anleihe 1877	5	95,10-20 bz	
do. do. 1836	4	73,80 bzB	
do. Bod.-Ored. Pfdr.	5	83,90 etzbzB	
do. Oest.-Bod.-Cr.-Pfdr.	5	79,50 etzbzB	
Russ.-Poln.-Schatz-Obl.	4	83,30 bz	
Poin. Pfndr. III. Em.	5	65,30 G	
Poin. Liquid.-Pfndr.	4	56,50 bz	
Amerik. rücka. p. 1881	6	100,00	
do. 5% Anleihe	5	99,10-100,00	
Ital. 50% Anleihe	5	87,60 G	
Raab.-Graser 100% L.	4	91,10 bz	
Rumän. Anleihe	5	—	
R. m. Staats-Obligation	6	92,60 bz	
Ungar. Goldrente	6	93,30 bz	
Ungar. St.-Elstab.-Akk.	5	90,20 bz	
Finnische 10 Thlr.-Loose	50,50 bzG		
Türken-Loose	36,50 bzB		

## Bank-Papiere.

Allg. Deut.-Hand.-G.	4	79,00 G	
Berl. Kassen-Ver.	59/10	4	170,00 bzG
Berl. Handels-Ges.	5	4	100,75 bzG
Brl. Prd.-u. Hds. B.	4	4	77,00 etzbzG
Braunschw. Bank	4	4	91,00 G
Bresl. Disc. Bank	5	4	94,00 etzbzB
Bresl. Wechsler	5	4	98,20 G
Coburg. Cred.-Bz.	5	4	87,50 bz
Danziger Priv.-Bk.	5	4	109,00 bzG
Darmat. Creditb.	9/2	4	145,50 bzG
Darmst. Zettelb.	5	4	106,40 B
Dessauer Landesb.	61/2	4	117,25 bz
Deutsche Bank	5	4	144,60 bzB
do. Reichsbank	5	4	145,50 bzG
do. Hyp.-B. Berl.	6	4	88,90 B
Dise.-Comm.-Aath.	10	4	172,80 bz
do. uit.	10	4	172,30-72,60
Genossenschafts-Z. 7			